




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 17.10.06

Erste Erfolge für die Sicherung der Stadtwerke

(Berlin) Beim Thema Regulierung der Stromnetzentgelte drohen den Stadtwerken seit einiger Zeit hohe finanzielle Einbußen, die an ihre Substanz als ortsnahe Energieversorger gehen können. Auch die gesamte kommunale Wirtschaft könnte z.B. in der Finanzierung von Bäder- und Abwasserbetrieben und des ÖPNV davon betroffen sein.

In den Verhandlungen der kommunalen Netzbetreiber mit der Bundesnetzagentur bzw. den Regulierungsbehörden der Länder hat sich der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann frühzeitig über die AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion eingeschaltet. In einer Sitzung hat stellvertretend für die Stadtwerke des Kreises Pinneberg der Geschäftsführer der Stadtwerke Wedel aus erster Hand berichtet, mit welcher Existenzangst die Stadt-

werke die befürchteten Kürzungen ihrer Netznutzungs-entgelte betrachten.

Nun kommt Schritt für Schritt Bewegung in die Sache: Die Regulierungsbehörden haben die Zugrundelegung der kalkulatorischen Gewerbesteuer samt Lohnzusatzkosten akzeptiert. Rossmann: „Das ist eine erste wichtige Unterstützung für die Stadtwerke.“

Darüber hinaus plädieren die SPD-Kommunalpolitiker bei der Bewertung des Sachanlagenvermögens dafür, bei Netzkäufen aus der Vergangenheit den am Sachzeitwert orientierten tatsächlich gezahlten Kaufpreis als Abschreibungsgrundlage zu akzeptieren. Hierbei soll die Bundesnetzagentur eine praxistaugliche und einzelfallgerechte Lösung vorschlagen.

Auch die Schlechterstellung von Unternehmen, die bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Anstrengungen zur Steigerung ihrer Effizienz unternommen haben, soll nach Auffassung der SPD vermieden werden. Weiterhin werden eine klare Regelung für den Anschluss neuer Kraftwerke und eine allgemeine bundeseinheitliche Regelung gefordert.

Rossmann: „Auch wenn die Materie sehr kompliziert ist und wir als Parlamentarier nicht direkt am Verordnungsverfahren der Regulierung beteiligt sind, werden wir weiterhin im Dialog mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesnetzagentur alles daran setzen, ein Ausbluten der Stadtwerke zu verhindern und möglichst bald Rechtssicherheit zu schaffen.“